
Oskar Lafontaine

Gesellschaftliches Bündnis mit Zukunft - SPD und Gewerkschaften

Oskar Lafontaine, geb. 1943 in Saarlouis, Studium der Physik in Bonn und Saarbrücken, ist seit 1985 Ministerpräsident des Saarlandes und seit 1995 Vorsitzender der SPD.

I.

Mehr als 40 Prozent aller SPD-Mitglieder sind auch gewerkschaftlich organisiert. Die höchste Wählerzustimmung erhalten Sozialdemokraten noch immer bei den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern - bei der Bundestagswahl 1994 wählten 54,9 Prozent von ihnen die SPD. Es gibt über 1000 sozialdemokratische Betriebsgruppen und mehr als 2000 betriebliche Vertrauensleute - eine derart starke betriebliche Basis hat keine andere Partei in Deutschland.

SPD und Gewerkschaften verbindet, daß beide die Interessen der großen Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Das zeigt sich auch bei aktuellen politischen Auseinandersetzungen: Ob Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Kündigungsschutz, Gesundheitsreform oder Rentenrecht - die Positionen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie stimmen weitgehend überein.

In der Debatte um die Steuerreform stehen sich zwei verschiedene Richtungen gegenüber. Die Bundesregierung plant eine Entlastung vor allem der Spitzenverdiener, während Schichtarbeiter und Pendler noch stärker belastet werden sollen. Die SPD dagegen will die steuerlichen Entlastungen auf Arbeitnehmer und Familien konzentrieren.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen: Es gibt zwei grundsätzlich unterschiedliche Politikansätze. Die deutschen Gewerkschaften haben beim Bündnis für Arbeit erfahren, daß es der Bundesregierung nicht um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ging. Sie brauchte die Gewerkschaften bis zu den Landtagswahlen 1996, um ihnen dann den Stuhl vor die Tür zu setzen. Dieser Vorgang ist ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Für die SPD ist klar: Erfolgreiche Reformpolitik erfordert gesellschaftliche Bündnisse. Die Basis ist dabei das Bündnis von SPD und Arbeitnehmerschaft. Das bedeutet auch: Die organisierte Arbeitnehmerschaft, also die Gewerkschaften, sind der erste Ansprechpartner.

II.

Es geht darum, die Vorherrschaft der konservativen Ideologie zu überwinden und eine neue Reformpolitik mehrheitsfähig zu machen. Diese neue Reformpolitik hat zwei Aspekte.

Erstens: Wir brauchen auf nationaler Ebene die Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Dazu gehören die Stärkung der Binnennachfrage durch ein gerechtes Steuer- und Abgabensystem und die Senkung der Lohnnebenkosten. Dazu zählt ebenfalls die Stärkung von Bildung, Fortbildung, Forschung und Wissenschaft. Notwendig ist auch eine Reform des öffentlichen Dienstes, um mehr Effizienz zu erreichen.

Zweitens: Wir benötigen einen ordnungspolitischen Rahmen für die weltwirtschaftliche Entwicklung, um den Abwertungswettlauf der Staaten um immer niedrigere Unternehmenssteuern, niedrigere Einkommen der Arbeitnehmer und niedrigere Umwelt- und Sozialstandards zu beenden. Innerhalb der Europäischen Union sind wir dabei bereits ein Stück vorangekommen, in der G7-Gruppe der größten Industrienationen gibt es ebenso Ansätze wie innerhalb der Welthandelsorganisation.

Dieser Ordnungsrahmen muß insbesondere die Geld- und Währungspolitik, die Steuerpolitik, die Sozialpolitik und die Umweltpolitik umfassen. Innerhalb der Europäischen Union kommt die Infrastrukturpolitik hinzu.

Durch eine verbesserte Zusammenarbeit der Regierungen und Zentralbanken der Industriestaaten müssen eine Verstetigung der Geldpolitik und eine Stabilisierung der Wechselkurse erreicht werden.

Den Steuersenkungswettlauf nach unten gilt es durch eine internationale Harmonisierung der Steuerpolitik zu beenden. Die Kommission der Europäischen Union hat bereits entsprechende Vorschläge für die EU vorgelegt.

Die Industrienationen benötigen auch gemeinsame und verbindliche Normen im Sozial- und Arbeitsrecht, die der Leistungsfähigkeit dieser Länder entsprechen. Weltweit ist eine internationale Sozialcharta unumgänglich, die der Ausbeutung und Entrechtung von Arbeitnehmern ein Ende macht.

Die Umweltgefahren sind global. Sie lassen sich nur durch globale Anstrengungen bekämpfen. Ein wichtiger Ansatz wäre eine gemeinsame Ökologische Steuerreform in den Industriestaaten.

Innerhalb der EU müssen gemeinsame Infrastrukturprojekte etwa in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung einen hohen Stellenwert erhalten.

Mit alten Rezepten werden wir die neuen Probleme im Zeitalter der Globalisierung nicht lösen. Weder ein Abwertungswettbewerb der Nationalstaaten noch die Abschottung durch Protektionismus sind dazu geeignet.

Mit Reformen auf nationaler Ebene und intensiver Zusammenarbeit der Nationen dagegen wird aus der Herausforderung Globalisierung eine Chance. Nur so können wir den Wohlstand der Völker vermehren und jedem seinen gerechten Anteil am Fortschritt geben.

Der Druck in den einzelnen Ländern wächst. Überall werden steigende Arbeitslosigkeit, ungerechte Einkommensverteilung und der Abbau sozialer Leistungen zu gravierenden gesellschaftlichen Problemen. In vielen Staaten wächst aber auch die Einsicht in die Notwendigkeit, mit einer neuen Wirtschaftspolitik für eine Umkehr zu sorgen. Inzwischen ist die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit ein wichtiges Thema in supranationalen Organisationen. Hier geht es also nicht um Visionen für das Jahr 2050, sondern um ganz konkrete und umsetzbare politische Ansätze.

III.

Bei einer solchen Reformpolitik spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Ihre Mitglieder sind vom Abwertungswettkampf bei Einkommen und Sozialstandards direkt betroffen. Sie haben ein ureigenes Interesse daran, diese Politik, die immer tiefer in die Krise führt, zu beenden und eine neue Reformpolitik zu unterstützen.

In Deutschland überwiegen zwischen SPD und Gewerkschaften die Gemeinsamkeiten. Vor allem die Einigkeit darüber, daß dieses Land eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht, hat zu verstärkter Zusammenarbeit geführt. Aber auch auf der Ebene der Länder und Kommunen mehren sich inzwischen die Versuche, die sich vor allem aus der Arbeitslosigkeit und der Knappheit öffentlicher Mittel ergebenden Probleme gemeinsam konstruktiv anzugehen.

Die kritische Einstellung, die aktive Gewerkschafter kraft Amtes gegen Regierende aller Parteien hegen, ist gegenüber Sozialdemokraten sicher nicht blindem Vertrauen gewichen. Wohl aber hat die Rückbesinnung auf inhaltliche Gemeinsamkeiten wieder zu mehr konstruktiv-pragmatischer Zusammenarbeit geführt. Und viele Sozialdemokraten realisieren eher als noch vor wenigen Jahren, daß die Gewerkschaften zu den stärksten Reformkräften unseres Landes gehören, ohne die gesellschaftliche Veränderungen nicht erreichbar sind.

Die deutschen Gewerkschaften sind stark und selbstbewußt genug, im Rahmen der Tarifautonomie einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung unserer Gesellschaft zu leisten. Sie wissen aber auch: Politische Weichenstellungen erfordern Mehrheiten in den Parlamenten. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind daher in den demokratischen Parteien aktiv, und die SPD ist stolz darauf, daß sie hier nach wie vor mit Abstand an erster Stelle steht. Ich wünsche mir für die SPD, daß noch mehr engagierte Gewerkschafter den Weg zu ihr finden. Ebenso sollten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich auch gewerkschaftlich engagieren. Wir brauchen eine starke demokratische Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.